

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede von Herrn Landrat Hagen Jobi zur Einbringung des Kreishaushaltes 2012 Kreistagssitzung 15. Dezember 2011

Nach wie vor = Wir befinden uns in rauer See!

„Ein voller Geldbeutel drückt schwer.
Noch schwerer drückt allerdings ein leerer!“

Mit diesem profanen, aber umso zutreffenderen Zitat des deutschen Schriftstellers Friedrich Haug möchte ich meine heutige Haushaltsrede einleiten.

Wir befinden uns als Oberbergischer Kreis mit dieser Feststellung in einer Solidargemeinschaft mit unseren Städten und Gemeinden. Dies gilt auch angesichts deutlich gestiegener und hoffentlich weiterhin steigender Steuereinnahmen in vielen unserer kreisangehörigen Kommunen. Diese Mehreinnahmen nehmen wir nämlich alle ein Stück weit mit Erleichterung zur Kenntnis. Die Mehreinnahmen wirken jedoch nur wie der sprichwörtliche „Tropfen auf dem heißen Stein“. An der dauerhaft pathologischen Unterfinanzierung der Ebene von Kreis und Kommunen ändern die Steuermehreinnahmen grundsätzlich aber nichts.

Für den Oberbergischen Kreis bedeutet dies ganz konkret, dass sich der Kreis in Solidarität mit den kreisangehörigen Kommunen im Jahr 2012 erneut den Auflagen der Haushaltssicherung erneut unterwerfen. Diese Information vorab, meine sehr geehrten Damen und Herren, als eine ganz wesentliche Botschaft, der wir sicher bereits heute insgesamt zustimmen könnten.

Wie bereits im vergangenen Jahr in der Finanzplanung vorgesehen, werde ich Ihnen folglich vorschlagen, für das Jahr 2012 einen Rückgriff auf unsere „eiserne Rücklage“, das Eigenkapital, in Höhe von 4,2 Mio. € vorzunehmen. Mit dieser Entnahme aus dem Eigenkapital haben wir dann in den Jahren 2009 – 2011 insgesamt 31,64 Mio. € zu Gunsten unserer Kommunen eingesetzt. Diese Summe entspricht sage und schreibe 58 Prozent des Eigenkapitals des Oberbergischen Kreises, welches zum Stichtag „01.01.2009“ immerhin noch 54,6 Millionen Euro betrug.

Nur damit Sie einmal ein Gefühl dafür bekommen, in welcher immenser Höhe der Oberbergische Kreis sein Eigenkapital einsetzt und wie er insoweit im Vergleich zu einigen Kommunen dasteht:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Morsbach, eine der kleinsten Kommunen im Oberbergischen Kreis startete ebenfalls mit rd. 54,5 Mio. Euro Eigenkapital. Bis zum Stichtag 31.12.2010 wurden hiervon rund 21,4 Prozent verbraucht. Das Eigenkapital belief sich also bis zu diesem Stichtag auf noch immer rd. 43 Millionen Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der hohe Eigenkapitalverzehr des Oberbergischen Kreises ist zweifellos ein Beweis dafür, dass der Kreis bei seinen Planungen den finanziellen Handlungsspielraum und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der kommunalen Familie berücksichtigt. Zu bedenken ist dabei auch, dass der Wiederaufbau des Eigenkapitals für den Oberbergischen Kreis rechtlich nicht möglich ist. Insofern geben wir mit diesem Zugeständnis an die Kommunen bewusst auch selbst ein großes Stück Handlungsfähigkeit für immer auf.

Durch den heute hier einzubringenden Haushaltsentwurf machen wir zudem deutlich: Wir schaffen für die Kommunen Planungssicherheit und Kontinuität, denn unser Vorschlag wird sein, den Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage wie in der Finanzplanung vorgesehen, auf 44,30 %-Punkte festzusetzen und damit um mehr als einen Prozentpunkt zu senken.

I Finanzielle Handlungsfähigkeit herstellen

Wenn es darum geht, die finanzielle Handlungsfähigkeit wieder herzustellen, sitzen wir alle in einem Boot.

Dabei ist es Aufgabe von Verwaltung und Politik, dieses Boot gemeinsam in konzentrierter Aktion zu steuern und gegen die fremd verschuldeten Probleme in den Wind zu stellen. Seit Jahren prangere ich in meinen Haushaltsreden bereits an, dass das Konnexitätsprinzip nicht nur eine Worthülse in den Verfassungen sein darf, sondern endlich mit Leben gefüllt werden muss. Erste zaghafte Versuche, z.B. bei der Übernahme der Kosten der Grundsicherung, sind lobenswert. Sie reichen aber bei Weitem nicht aus, um das finanzielle Desaster einzudämmen.

Mit dem GFG 2012 bläst dem ländlichen Raum ebenfalls eine steife Brise ins Gesicht. Nach der 1. Modellrechnung des Landes NRW gehen den oberbergischen

Kommunen alleine ca. 7 Mio. € Schlüsselzuweisungen zu Gunsten der kreisfreien Städte gegenüber 2011 verloren.

Natürlich sind wir auch selbst gefordert, unsere Hausaufgaben zu machen, um weiteren Mast- und Schotbruch zu verhindern. So habe ich bereits Maßnahmen eingeleitet, um die Standards in der Kreisverwaltung einer genauen Prüfung zu unterziehen. Ausdrücklich betone ich hierbei, dass es nicht nur um freiwillige Standards geht. Nein, wir werden auch bei den Pflichtaufgaben überprüfen, welche Vorgaben wir an unser zukünftiges Handeln anlegen möchten. In diese Entscheidungen werde ich Sie, meine Damen und Herren des Kreistags, mit einbinden. Sie werden sehen, dass es nicht immer leicht sein wird, insbesondere bei Angelegenheiten mit hoher Außenwirkung, das für alle Seiten akzeptable Urteil zu fällen.

An dieser Stelle lassen Sie mich kurz auf die gerade abgeschlossene Prüfung des Oberbergischen Kreises durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW eingehen. Diese bestätigte mit ihrem Bericht und in der letzten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses, dass der Oberbergische Kreis in vielen Bereichen gut, wenn nicht sogar sehr gut aufgestellt ist. Insbesondere wurden unsere Konzepte gelobt, auf die ich gleich noch weiter eingehen werden.

Vor dem Hintergrund dieses positiven Urteils der GPA werden wir schon sehr genau hinschauen müssen, um weitere Einsparpotentiale aufzudecken. Dass ich über die Feststellungen der GPA sehr froh bin und diese als eine gute Bewertung der Leistungen meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewerte, hebe ich an dieser Stelle besonders gerne hervor.

Bereits im Rahmen der letztjährigen Haushaltseinbringung habe ich signalisiert, dass ich gerne bereit bin, mit den Kommunen über die Aufgabenwahrnehmung und -zuordnung zu diskutieren. Es darf kein Konkurrenzkampf sein, der uns antreibt, bestimmte Aufgaben zu erledigen. Vielmehr muss uns bewusst sein, dass es nicht darum geht, wer als erster die Ziellinie überquert, sondern eher darum, gemeinsam ins Ziel zu kommen. Nur wenn wir in die gleiche Richtung rudern, werden wir unserem Auftrag, zum Wohle der Menschen im Oberbergischen Kreis zu handeln, gerecht.

II Zukunftsfähigkeit sichern

Ein erster Ansatz wird im Bereich der Wirtschaftsförderung verfolgt. Mit einem moderierten Abstimmungsprozess zwischen Kreis, Kommunen, Kammern und anderen beteiligten Partnern, der auch im Jahr 2012 fortgeführt werden soll,

wurde in der vergangenen Woche begonnen. Im Mittelpunkt steht die gemeinsame Zielsetzung, die Wirtschaft im Oberbergischen Kreis bedarfsgerecht und kompetent zu unterstützen.

Dieses konsensuale Vorgehen trifft auch auf die Gewerbeflächenentwicklung im Oberbergischen zu. Hier werden wir auf Initiative und mit Unterstützung der IHK gemeinsam mit den Kommunen im Jahr 2012 eine Gewerbeflächenkonferenz mit dem Ziel durchzuführen, einvernehmlich ein Konzept für die Nutzung von Gewerbeflächen in Oberberg zu entwickeln. Den notwendigen Beschluss hierzu hat der Kreistag in seiner letzten Sitzung bereits getroffen.

Eines der Schwerpunktthemen meiner Wirtschaftsförderung wird im kommenden Jahr die Fachkräftesicherung sein. Hier ist geplant die unterschiedlichen Kompetenzen und Angebote der Kreisverwaltung, der Kommunen und weiterer Partner im Oberbergischen Kreis zu bündeln und unseren Unternehmen in geeigneter Form nahe zu bringen.

Sie sehen, auch hier sind wir auf dem richtigen Kurs.

Ich möchte an dieser Stelle im übrigen erwähnen, dass die Kreisverwaltung in diesem Jahr gleich zwei mal von unabhängigen Stellen für ihre Erfolge im Bereich der Wirtschaftsförderung rezertifiziert wurde. Zum einen für ihre erfolgreiche Arbeit im Bereich der Gründungsberatung. Zum anderen für die gemeinsamen Anstrengungen um eine mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung. Der Audit-Bericht des TÜV-Rheinland, der in der vergangenen Woche bei uns eingegangen ist, enthält ausschließlich die Note „sehr gut“.

Die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit des Oberbergischen Kreises hängt natürlich auch von einer guten Breitbandversorgung ab. Die Verwaltung hat hier bereits in der Vergangenheit versucht, das Ruder im Sinne der Kommunen in die Hand zu nehmen und moderierend und logistisch zu helfen. Leider wurde unser Angebot an die Kommunen nicht angenommen. Ich bin aber nach wie vor davon überzeugt, dass dieses wichtige Thema durch einen Steuermann begleitet werden sollte. Ich werde daher in dieser Frage einen erneuten Vorstoß an die Kommunen wagen.

Fehlende Fachkräfte einerseits – erdrückende Soziallasten in den kommunalen Haushalten andererseits. So unterschiedlich uns die beiden Probleme auf den ersten Blick hin auch erscheinen mögen. Sie haben in Wirklichkeit sehr viel miteinander zu tun, denn beide Herausforderungen verlangen die gleiche Reaktion. Wenn wir dem drohenden Fachkräftemangel begegnen wollen, um die Attraktivität der Region Oberberg als innovativen Wirtschaftsstandort auch in Zukunft zu erhalten – und das wollen wir – dann müssen wir weiterhin in die Bildung und

Ausbildung der Menschen in Oberberg investieren. Bildung und Ausbildung sind gleichzeitig aber auch die besten Voraussetzungen dafür, dass möglichst viele Menschen ihr Leben hier selbstbestimmt und ohne Unterstützung aus öffentlichen Kassen gestalten können.

Bildung bleibt deshalb auch im nächsten Jahr eines der wichtigsten strategischen Handlungsfelder des Oberbergischen Kreises.

Bildung bedeutet Wohlstand, Kontinuität, gute Perspektiven und Prosperität. Bildung ist die Ressource, die zunehmend über die Wettbewerbsfähigkeit von Regionen entscheidet. Und - ich zitiere hierzu den Großindustriellen Henry Ford - die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes beginnt nicht etwa erst in der Fabrikhalle oder im Forschungslabor. Sie beginnt schon im Klassenzimmer.

So wie Bildung und Wissen unsere Kapital sind, so hat sich unser 2009 gegründetes Bildungsnetzwerk Oberberg als gemeinsame „Bank“ für zielgerichtete Investitionen der Region in das Thema „Bildung“ etabliert. Die hier geschaffene Plattform bildet einen idealen Nährboden für eine abgestimmte und zielgerichtete Gestaltung der Bildungslandschaft Oberberg. Dank des Engagements der Akteure und ihrer Bereitschaft, im ständigen Dialog miteinander zusammenzuarbeiten konnten in diesem Jahr wieder neue Prozesse und Bildungsprojekte angestoßen und wichtige Impulse gesetzt werden.

Diesen erfolgreichen Kurs möchten und werden wir in 2012 mit unseren Partnern weiterhin verantwortungsvoll einschlagen.

Neben der frühkindlichen Bildung und der weiteren Beteiligung unserer Region an der Landesoffensive zur Förderung des technischen und naturwissenschaftlichen Nachwuchses „zdi- Zukunft durch Innovation“ wird die Entwicklung und Koordination eines abgestimmten ganzheitlichen Übergangsmangement Schule-Beruf/Studium in 2012 einen wesentlichen Schwerpunkt in der Bildungsarbeit des Oberbergischen Kreises und seiner Partner darstellen. Der Kreishaushalt 2012 sieht hierfür u.a. die weitere Beteiligung des Kreises an der Ausbildungsinitiative Oberberg vor, deren Arbeit einen wichtigen Baustein zur Berufsorientierung der Jugendlichen Nachwuchskräfte leistet. Darüber hinaus wollen wir den Gestaltungsspielraum und die damit verbundenen Chancen nutzen, den uns der aktuell auf Landesebene verabredete Ausbildungskonsens ab 2012 bietet. Alle Maßnahmen und Aktivitäten im Übergang von Schule in den Beruf sollen zukünftig – unter Kostenbeteiligung durch das Land NRW - kommunal gebündelt und koordiniert werden. Es geht um frühe Berufsorientierung, schulische Unterstützungsangebote, individuelle Übergangsempfehlungen, passgenaue Ausbildungsangebote und den Abbau der sog. Warteschleifen.

Die demografische Entwicklung macht auch vor den Berufskollegs nicht halt. Wenn auch deutlich zeitlich versetzt zu den allgemeinbildenden Schulen, werden wir in einigen Jahren weniger Schüler an den Berufskollegs haben. Parallel dazu wird der Bedarf an qualifizierten Fachkräften steigen und berufliche Weiterbildung im Sinne eines lebenslangen Lernens eine noch größere Rolle spielen als bisher schon. Hierauf wollen wir frühzeitig reagieren und im nächsten Jahr eine Schulentwicklungsplanung in Auftrag geben, die auch die Förderschulen mit einschließen soll. Gerne beziehen wir in diese Planung und Entwicklung auch die Städte und Gemeinden mit ein. Ein entsprechendes Angebot habe ich den Bürgermeistern zwischenzeitlich unterbreitet.

Einen Kurswechsel haben Politik und Gesellschaft nach den verheerenden Ereignissen in Japan zu Beginn dieses Jahres in der Energiepolitik vorgenommen. Dabei sind eine nachhaltige Energie- und Klimaschutzpolitik durch erneuerbare Energien zwischenzeitlich ebenso anerkannte Ziele in Wirtschaft, Verwaltung und allen Gesellschaftsschichten.

Mit dem Beschluss des Kreistages am 08.07.2010 zur Beteiligung am „European Energy Award (eea)“ (Zertifizierungsverfahren) haben wir bereits frühzeitig das Ruder in die richtige Richtung gedreht. Ziel dieses europäischen Zertifizierungs- und Qualitätsmanagementsystem ist es, durch den effizienten Umgang mit Energie zu einer zukunftsverträglichen Entwicklung unserer Gesellschaft beizutragen.

Das eea-Zertifizierungsverfahren dient dazu die bereits umgesetzten Maßnahmen im Energiebereich systematisch zu erfassen, zu sichern und weitere Potenziale für Maßnahmen zur Energie- und Kosteneinsparung zu erschließen. Die Maßnahmen sollen dazu beitragen, dass weniger Energie benötigt wird und erneuerbare Energieträger vermehrt genutzt und nicht erneuerbare Ressourcen effizient eingesetzt werden. Dies ist energiepolitisch sinnvoll und spart langfristig Kosten. Am vergangenen Montag haben wir Sie im Rahmen einer Veranstaltung über den aktuellen Sachstand informiert. An den Zielen werden wir auch im kommenden Jahr weiter intensiv arbeiten.

Wie Sie wissen, wurde in diesem Jahr das Technikhaus am Berufskolleg Wipperfürth eingeweiht. Kurz vor dem Ziel befinden wir uns im Hinblick auf die Fertigstellung der Erweiterungsmaßnahme am Berufskolleg in Gummersbach-Dieringhausen, die im kommenden Jahr abgeschlossen sein wird. Durch diese Erweiterung wird dem heutigen Raumbedarf der ca. 35 Jahre alten Schule Rechnung getragen. Zusammen mit der bereits begonnen energetischen Sanierung

des Bestandes, der 2013 abgeschlossen sein wird, wird der Oberbergische Kreis ca. 10 Millionen € in die Zukunftsfähigkeit des Gebäudes investieren und damit in die Sicherung der beruflichen Bildung im Kreis.

In Zielnähe sind auch die Projekte „Notfallzentrum Kotthausen“ und diverse Rettungswachen, die der Kreis zur Sicherheit der oberbergischen Bevölkerung derzeit erbaut bzw. plant.

Das Notfallzentrum mit einem Kostenvolumen von 2,4 Mio. € wird im nächsten Jahr seiner Bestimmung übergeben und dient dazu, bei Großschadensereignissen allen Anforderungen gewachsen zu sein und schnell und effizient reagieren zu können.

Zur Umsetzung des aktuellen Rettungsbedarfsplanes laufen die Planungen für eine Rettungswache in Wipperfürth und in Reichshof im Gewerbegebiet Wehn-rath. Beide Wachen werden im Jahr 2012 errichtet. Ziel der Verwaltung ist es, diese neuen Gebäude in energetischer Hinsicht als möglichst hochwertige Energieeffizienzgebäude auszuführen.

Die Schlagzahl erhöhen wir auch im Bereich unseres Wahrzeichens Schloss Hom-burg. Dort wird zunächst im Frühjahr 2012 die Fertigstellung der ersten beiden Bausteine der Erweiterung des Schlosses, nämlich des Landschaftshauses und des Betriebsgebäudes zu begehren sein.

Zeitgleich werden die Arbeiten für das Herzstück des Projektes: die Errichtung der beiden Pavillons für die Museumserweiterung fortgeführt. Die diesem Regio-naleprojekt zugesagten Fördermittel konnten bereits vollständig vereinnahmt werden. Darüber freue ich mich und danke unserem Land NRW.

„Leck geschlagen“ im wahrsten Sinne des Wortes ist auch unser OAG-Gebäude, das, finanziert über die Mittel des Konjunkturpaketes II zu Beginn des kommen-den Jahres wieder fertig gestellt ist. Nahezu ebenso seeuntüchtig ist auch das Gebäude, in dem unser Straßenverkehrsamt untergebracht ist. 1976 errichtet, bedarf es nunmehr nach 35 Jahren einer Grundsanierung. Nach einer umfangrei-chen Analyse und Bewertung des Bestandes in diesem Jahr steht 2012 die Ent-scheidung über den weiteren Umgang mit dem Gebäude an. Für die weiteren Planungen sind im Haushalt 2012 ca. 150.000 € veranschlagt. Die Durchfüh-rung von Maßnahmen ist im Jahr 2013 vorgesehen.

Zukunftsfähig und vor allem krisensicher soll auch die Energie- und Wärmever-sorgung des Kreishauses ausgestaltet werden. Sie wird es uns ermöglichen, die Arbeit für unsere Bürgerinnen und Bürger auch unter widrigen Umständen auf-

recht erhalten zu können und dient damit ausdrücklich auch dem Schutz der Bevölkerung. Wie Sie alle wissen, laufen derzeit noch Verhandlungen bzw. werden noch mögliche Alternativen geprüft. Naturgemäß spielt das Thema „Regenerative Energie“ hierbei intensiv mit. Eine Entscheidung muss jetzt zügig erfolgen, damit Planungen und Bau über den Kreishaushalt 2012 abgewickelt werden können.

III Lebensqualität sozial gestalten

Im Bereich der Hilfen zur Erziehung erweist sich unser eingeschlagener Weg als richtig. Bis einschließlich 2009 war stets eine teilweise drastische Zunahme der Hilfefälle zu verzeichnen, was regelmäßig eben auch zu einer deutlichen Kostensteigerung führte.

Im Jahr 2010 konnte erstmals ein leichter Rückgang der Fallzahlen erreicht werden. Im aktuellen Jahr 2011 zeichnet sich nun aller Wahrscheinlichkeit nach bereits im zweiten Jahr in Folge eine Fortsetzung dieser erfreulichen Entwicklung ab. Die Statistikdaten lassen auch in der Jahresbilanz 2011, übrigens entgegen dem allgemeinen Bundestrend, kein weiteres Wachsen der Fallzahlen erwarten. „Vorsichtig optimistisch“ ist deshalb auch der Jugendhilfeetat 2012 im Bereich der Hilfen zur Erziehung kalkuliert. Die direkten Aufwendungen für HzE-Leistungen werden mit insgesamt 19,56 Mio. € zwar rd. 1,2 % über dem Ansatz des Jahres 2011 liegen. Sie unterstellen aber einen leichten Rückgang der realen Fallzahlen und berücksichtigen lediglich einen Teil der nicht zu beeinflussenden allgemeinen Kostensteigerungen für die Inanspruchnahme externer Leistungen, etwa im Bereich der sehr kostenintensiven Heimunterbringungen.

Diese positive Entwicklung ist sicherlich auch Ausfluss des vom Kreistag vor wenigen Jahren beschlossenen Konzepts zur Neuausrichtung der sozialpädagogischen Arbeit des Jugendamtes, welches den Focus weg von der rein nachrangigen Hilfeleistung hin zu einer verstärkt fallunabhängigen und präventiven Sozialarbeit richtet. Die Einrichtung von Regionalbüros führt zu mehr Präsenz der Fachkräfte des Allgemeinen Sozialen Dienstes in den Jugendamtskommunen und der Möglichkeit zum Aufbau früher Hilfen.

Diese verstärkte Hinwendung zu fallunabhängiger Arbeit und zu vermehrten frühen Hilfen ist ein erfolgreicher Schritt. Denn viele frühzeitige, niederschwellige Angebote sind genau die Maßnahmen, die dazu beitragen, späte und oft eben auch teure Erziehungshilfen zu vermeiden. Es ist zugleich aber auch eine personalintensive Maßnahme. Die GPA hebt in ihrem Bericht die Notwendigkeit zur Fortführung und zum Ausbau dieser Strategischen Ausrichtung hervor. Sie zeigt aber auch deutlich auf, dass dem Oberbergischen Kreis im Vergleich zu anderen Kreisen in NRW hierfür nur unzureichend Fachkräfte im ASD zur Verfügung stehen. Wenn die eingeleitete positive Entwicklung im Bereich der Hilfen zur Erzie-

hung nicht gefährdet werden soll, werden auch in diesem Bereich weitere Anstrengungen notwendig sein. Es ist für uns wichtig, auch in den kommenden Jahren an dieser Zielrichtung festzuhalten und verstärkt sinnvolle präventive Maßnahmen und frühe Hilfen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien bereitzuhalten.

Die Tageseinrichtungen für Kinder stellen den zweiten großen Kostenblock im Jugendhilfebereich dar. Als Rechtsgrundlage dient das Kinderbildungsgesetz (KiBiz), welches Mitte des Jahres 2011 eine erste Reform erfahren und unter anderem das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr gebracht hat. Im Zentrum des Gesetzes steht neben der frühen Bildung und Förderung von Kindern und mehr Flexibilität für die Eltern bei der Nutzung der Angebote insbesondere der Ausbau des Betreuungsangebots für unter Dreijährige und der Ausbau der Kindertagespflege.

Die demographische Entwicklung wirkt sich in unseren Jugendamtskommunen derzeit und in den nächsten Jahren dahingehend aus, dass in den Kernjahrgängen insgesamt zwar weniger Kinder die Kindertagesstätten besuchen, andererseits aber durch den steigenden Bedarf an Betreuungsplätzen für unter Dreijährige die Notwendigkeit zur Schaffung vieler neuer Betreuungsplätze besteht. Der „U3-Ausbau“ ist vor dem Hintergrund des gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für unter Dreijährige zu sehen, der ab dem 01.08.2013 bestehen wird. Gewährleisten muss diesen Rechtsanspruch übrigens nicht etwa Bund oder Land, sondern der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Zur Schaffung der benötigten weiteren Kita-Plätze werden in den Jahren bis 2013 noch erhebliche Investitionen getätigt werden müssen. Nahezu alle Einrichtungen sind von entsprechenden Ausbau- und Investitionsmaßnahmen betroffen.

Unsere Jugendhilfeplanung verfolgt deshalb in den kommenden Jahren das ehrgeizige Ziel, im Rahmen der Erfüllung des Rechtsanspruchs einen Bedarfsdeckungsgrad von 35 % zu erreichen. Dies bedeutet, dass bis zum Beginn des Kindergartenjahres 2013/2014 insgesamt rd. 1.100 U3-Plätze bereitgestellt werden müssen, wovon noch rd. 580 Plätze zu schaffen sind. Das hierfür in diesen Jahren insgesamt aufzubringende Investitionsvolumen von insgesamt etwa 17,9 Mio. € wird bislang im Rahmen der aktuellen Zuschussrichtlinien zu 90 % vom Land und zu 10 % vom Jugendhilfeträger getragen. Die bisher zur Verfügung gestellten Mittel für den U3-Ausbau lassen aber erwarten, dass die Finanzbeteiligung des Landes insgesamt nicht ausreichen wird, um alle landesweit noch benötigten U3-Plätze zu schaffen. Die in den Jahren 2012 und 2013 in den Jugendamtskommunen des Kreises noch anstehenden Investitionen in Höhe von etwa 7,0 Mio. € werden ggf. zumindest teilweise vom Jugendhilfeträger allein aufgebracht werden müssen. Es muss auch damit gerechnet werden, dass im Oberbergischen Kreis, wie auch grundsätzlich im ganzen Land NRW, das angestrebte Ausbauziel in 2013 noch nicht in allen Regionen erreicht sein wird.

Aber nicht nur für die notwendigen Investitionen in den U3-Ausbau der Kindertagesstätten sind Finanzmittel aufzuwenden. Auch die laufenden Kosten für den Betrieb der Kindertagesstätten werden durch die zunehmende Inanspruchnahme von U3-Plätzen steigen. U3-Plätze verursachen einen höheren Betreuungsaufwand und es gelten entsprechend höhere Kindpauschalen. Auch der laufende Betrieb der Kindertagesstätten wird durch die Schaffung eines ausreichenden U3-Betreuungsangebots also teurer werden.

Im Bereich der Bildungs- und Teilhabeleistungen haben wir uns zu neuen Ufern aufgemacht. Das am 29.03.2011 nach zähem Ringen verkündete Gesetz erlaubt ca. 11.400 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Leistungen vom Jobcenter Oberberg und den Sozialämtern in den kreisangehörigen Gemeinden in Anspruch zu nehmen. Bislang wurden aus dem Bildungs- und Teilhabepaket bereits mehr als 700.000 € ausgezahlt.

Schlagseite besitzt unser Schiff Oberbergischer Kreis nach wie vor im Bereich der Sozialaufwendungen. Ohne eine deutliche Entlastung bei den Sozialausgaben wird uns eine Haushaltskonsolidierung auf keinen Fall gelingen.

Mit über 52 Mio. € reinen Leistungsausgaben sind die Sozialen Leistungen der größte Produktbereich im Kreisetat. Nicht zu vergessen ist auch, dass mit der Landschaftsumlage von über 55 Mio. € inklusive einer Zahllaststeigerung für den Oberbergischen Kreis in Höhe von voraussichtlich 3,9 Mio Euro ganz überwiegend Soziale Leistungen, insbesondere die Eingliederungshilfe, finanziert werden.

Bereits in meiner Einleitung habe ich erwähnt, dass erste positive Signale auf Bundesseite die schrittweise Übernahme der Aufwendungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung darstellen. Mit einer Beteiligung von 45 % in 2012, 75% in 2013 und 100 % ab 2014 ergibt sich eine deutliche Entlastung von rd. 8,6 Mio. € ab 2014.

Nochmals betone ich = dies kann nur ein Anfang sein. Insbesondere die Beteiligung des Bundes an den immensen Kosten für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen muss der nächste Schritt sein. Auch mit den demografiebedingten zusätzlichen Belastungen dürfen die Kommunen nicht alleine gelassen werden.

Mit der Akademie für Gesundheitswirtschaft und Senioren (AGewiS) ist im letzten Monat ein modernes Instrument vom Stapel gelaufen, das zukünftig über einen breit gefächerten Bildungsweg Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge fördern und die Qualität der infrastrukturellen Versorgung unterstützen wird.

Der Oberbergische Kreis stellt sich mit der Akademie, aber auch mit der Kreisvolkshochschule bewusst als innovative und flexible Bildungseinrichtung dar. Auf gesellschaftliche Entwicklungen oder Anfragen aus der Bevölkerung und den Unternehmen kann zukünftig adäquat mit entsprechenden Bildungsmaßnahmen reagiert werden.

Bereits beim Thema Bildung habe ich darauf hingewiesen, dass es eine wichtige Aufgabe sein wird, die Fachkräftesicherung durch Initiativen zu stabilisieren. Bei diesem Ansinnen geraten zunehmend auch die Jugendlichen mit Migrationshintergrund in unseren Fokus. Mit gezielter Förderung erhoffen wir uns, diese Nachwuchskräfte gezielt für Ausbildungs- und Arbeitsplätze interessieren zu können. Welchen Beitrag bereits jetzt Zugewanderte für die Wirtschaftsleistung und Zukunftsfähigkeit des Kreises leisten wird derzeit in dem mit Landesmitteln geförderten Projekt „Unternehmer/innen und Akademiker/innen mit Zuwanderungsgeschichte – Potenzial für die Region“ deutlich. Wir werden auch prüfen, welche Verbesserung auf dem Gebiet der Integrationsarbeit im Kreis auf Grund der Förderungen möglich sein werden, die das Land in seinem kurz vor der Verabschiedung stehenden Teilhabe- und Integrationsgesetz angekündigt hat. Unser Bestreben ist es, möglichst viele in unser Boot aufzunehmen.

Mit dem Beschluss des Kreistages zur Kommunalisierung des Rettungsdienstes vom 09.12.2010 ist im Mai diesen Jahres das Amt für „Rettungsdienst, Brand- und Bevölkerungsschutz“ entstanden. Über die damit auch verbundenen notwendigen Investitionen in die Infrastruktur habe ich bereits berichtet.

Die Kommunalisierung ist in weiten Teilen vorangeschritten und mit Datum vom 01.01.2012 wird das Rettungsdienstpersonal von insgesamt sieben Rettungswachen vom Kreis übernommen. Die noch fehlenden restlichen drei Rettungswachen sollen zum 01.07.2012 übernommen werden.

Darüber hinaus haben Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, durch Ihre weiteren Beschlüsse zur Verabschiedung des Rettungsbedarfsplanes und der Einrichtung von acht Notarztstellen, die ab dem 01.01.2012 besetzt werden, maßgeblich dazu beigetragen, dass unser Rettungsdienst auf einem hohen Niveau geleistet wird. Ich darf mich an dieser Stelle nochmals ausdrücklich für Ihre Weitsicht bedanken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

trotz des zu Beginn bereits zitierten leeren Geldbeutels setzen wir all unsere Kraft in die Weiterentwicklung des Kreises und die stetige Verbesserung der Lebensqualität unserer Bevölkerung.

Dank an Mitarbeiter und insbesondere an die Damen und Herren der Kämmerei.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr 2012.